



FINO-Pointer 29.09.2021

Irak: Wahlen statt Wandel

Christian Wyler (FINO)

Monatelang trotzten Demonstrantinnen und Demonstranten der Gewalt, um vorgezogene Parlamentswahlen zu erzwingen. Nun wollen sie ebendiese Wahlen boykottieren. Was ist geschehen?

Gefährlicher Einsatz für Wandel

Am 10. Oktober wird im Irak in vorgezogenen Wahlen ein neues Parlament gewählt. Es handelt sich um die fünften Parlamentswahlen, seit das Regime von Saddam Hussein 2003 durch eine US-amerikanisch geführte Militärkoalition gestürzt worden ist.

Die Wahlen waren eine der Hauptforderungen an den Demonstrationen, die seit Oktober 2019 Bagdad und den Süden des Landes prägen. Die «Oktoberrevolution», wie sie von ihren Protagonistinnen und Protagonisten gerne genannt wird, verlangt nichts weniger als eine grundlegende Reform des politischen Systems. Nicht nur ihre Forderung nach vorgezogenen Wahlen, sondern auch diejenige nach einem neuen Wahlgesetz wurde seither umgesetzt. Trotzdem stehen die Aussichten auf Wandel schlecht. Das liegt vor allem daran, dass eine weitere zentrale Forderung nicht erfüllt worden ist: Sicherheit. Bereits während der Proteste kam es zu massiver Gewalt gegen die Demonstrationen, weit über 600 Tote waren bisher zu beklagen.

Besonders im Fadenkreuz stehen Führungspersönlichkeiten. Gezielte Mordanschläge haben Dutzende Opfer gefordert, darunter bekannte Persönlichkeiten wie [Ihab al-Wazni](#). Von freien Wahlen kann unter diesen Umständen keine Rede sein.

Ein politisches System auf Abwegen

«Asch-Schaab», das Volk – so lautet die Selbstbezeichnung der Demonstrantinnen und Demonstranten. Sie drücken damit aus, dass sie nicht die Interessen einer einzelnen Bevölkerungsgruppe vertreten wollen, etwa der Schiiten oder der Sunniten. Aus ihrer Sicht verläuft die Spaltung im Irak nicht zwischen diesen Gruppen, sondern zwischen der Bevölkerung auf der einen und einer korrupten politischen Elite auf der anderen Seite.

Nach dem Sturz von Saddam Hussein 2003 wurde ein politisches System mit dem erklärten Ziel etabliert, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu repräsentieren. Dies führte dazu, dass viele Parteien entweder als schiitisch oder sunnitisch betrachtet wurden. So entstand ein System, das sich an konfessioneller (oder, beispielweise für die kurdische Bevölkerung, ethnischer) Zugehörigkeit orientiert und daher oft als «konfessionalistisch» bezeichnet wird. Die Parteien waren somit kaum noch im eigentlichen Sinn «politisch», sondern legitimierten sich als Repräsentation der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Dieses System, das nach den Jahrzehnten der Diktatur für eine gerechte Machtteilung hätte sorgen sollen, ist aus Sicht der Demonstrantinnen und Demonstranten durch Korruption und Nepotismus längst selber zum Problem gewor-

den. Anstelle einer Repräsentation der Konfessionen fordern sie ein Technokratenkabinett, das die Interessen der gesamten Bevölkerung wahrnehmen soll. «Nein zum konfessionalistischen System!» lautet denn auch einer der wichtigsten Schlachtrufe der Proteste.

Von Helden zu Feinden

Für die Gewalt gegen die Proteste sind in erster Linie die «Volksmobilisierungseinheiten» (al-Ḥašd aš-Ša' bī) verantwortlich, deren Kern Milizen mit finanzieller und logistischer Unterstützung aus dem Iran bilden. Die «Haschd», wie sie im Irak genannt werden, erfuhren während des Krieges gegen den Kampfbund «Islamischer Staat» grosse Zustimmung. Aus unterschiedlichsten sozialen Schichten strömten Freiwillige in ihre Reihen, um sich dem IS entgegenzustellen. Nach dem Krieg ist es den Haschd gelungen, ihre neu gewonnene Macht zu konsolidieren. Der zweite Platz, den ihre politische Vertretung bei den Parlamentswahlen von 2018 belegte, illustrierte zudem ihre Verankerung in der Bevölkerung. Die neu gewonnene Position sehen sie nun aber offenbar durch die Forderungen nach einem politischen Systemwechsel gefährdet.

Aus den Reihen der Milizen stammen auch die Einheiten, die in den vergangenen Jahren mit wiederholten Raketenangriffen auf amerikanische Militärbasen für Schlagzeilen gesorgt haben. Obwohl die amerikanische Präsenz im Land unbeliebt ist und die Haschd weiterhin vom Ruhm ihres Kampfes gegen den IS zehren, hat die Gewalt gegen die Proteste die Stimmung in Teilen der Bevölkerung nun kippen lassen. Seither werden die Haschd als verlängerter Arm Irans im Irak abgelehnt und irankritische Slogans sind zum festen Bestandteil der Demonstrationen geworden.

Ein Premierminister in Nöten

Premierminister Mustafa al-Kadhimi war ein Kompromisskandidat, nachdem sein Vorgänger dem Druck der Strasse hatte weichen müssen. Er ist bemüht, den Rückhalt durch die Proteste zu gewinnen und den Einfluss der Haschd einzudämmen. Mit Verhaftungen hat er versucht, ein Zeichen gegen die Straflosigkeit der Milizen

zu setzen. Allerdings mit bescheidenem Erfolg: Die Haschd liessen jeweils Kämpfer aufmarschieren und pressten mit dieser offenen Gewaltdrohung ihre Mitglieder wieder frei.

Auch schaffte es Kadhimi nicht, die Sicherheit der Demonstrationen zu gewährleisten, obwohl er das wiederholt versprochen hatte. Trotz internationaler Unterstützung steht der Premier innenpolitisch somit auf tönernen Füßen. Er sah sich selber denn auch seit Beginn seiner Amtszeit als Übergangspräsidenten, mit dem Hauptziel, die vorgezogenen Parlamentswahlen durchzuführen.

Wahlboykott trotz neuem Wahlgesetz

Das neue Wahlgesetz galt zunächst als grosser Erfolg Kadhimis. Es sieht vor, dass der Irak neu in 83 Wahlkreise eingeteilt wird (statt wie bisher 18). Ausserdem werden nicht mehr Parteilisten gewählt, sondern die Kandidatinnen und Kandidaten selber. Die Bildung der Wahllisten hatte den etablierten Parteien bisher erlaubt, grossen Einfluss auf den Ausgang der Wahlen zu nehmen. Die neue Regelung soll kleineren Parteien den Zugang zum Parlament erleichtern.

Die Freude über diesen Erfolg hat sich mittlerweile aber getrübt. Die Parteien rangen beinahe ein Jahr lang darum, wie genau die Wahlkreise zu ziehen seien. Laut den Protestparteien wurden die Wahlkreise nun so gestaltet, dass sie die Stimmen der Demonstrantinnen und Demonstranten zersplitterten. Die bisherigen Parteien würden dagegen bevorzugt.

Die anhaltende Gewalt und die aus ihrer Sicht unfaire Umsetzung des neuen Wahlgesetzes machen aus Sicht der neuen Parteien faire Wahlen unmöglich. Daher haben sie beschlossen, die Parlamentswahlen zu boykottieren. Damit verweigern sie dem neuen Parlament die Legitimation, auch wenn die Wahlen ursprünglich ihre eigene Forderung gewesen waren. Es zeichnet sich eine rekordtiefe Wahlbeteiligung ab. Laut Umfragen werden weniger als vierzig Prozent der Bevölkerung ihre Stimme abgeben.

Neues Gesetz, alte Sieger?

Gute Aussichten in den Parlamentswahlen haben die Sadristen. Die vom Kleriker Muqtada

as-Sadr angeführte Bewegung war bereits aus den letzten Parlamentswahlen von 2018 als Siegerin hervorgegangen. Ihre damalige Allianzpartnerin, die Irakische Kommunistische Partei, boykottiert zwar diesmal die Wahlen. Das neue Wahlgesetz dürfte ihnen dafür zugutekommen.

Dies deshalb, weil die kleineren Wahlkreise und die personalisierte Wahl Kandidierende mit starker lokaler Verankerung bevorteilen dürften. Diese Verankerung zeichnet die Sadristen aus. Sadr ist zwar kein derart hochrangiger Geistlicher ist wie sein Vater, von dessen Popularität die Bewegung bis heute zehrt. Mit seiner Mischung aus Nationalismus und der von ihm propagierten gesellschaftlich aktiven Rolle der Geistlichkeit findet er aber breite Unterstützung – in unterschiedlichen städtischen Milieus genauso wie unter den Stämmen.

Auch Sadr hatte bereits einen Boykott der Wahlen verkündet, diesen Entscheid dann aber wieder zurückgenommen. Er begründete den Richtungswechsel damit, er habe den anderen Parteien Zusicherungen für substantielle Reformen abgerungen. Tatsächlich hätte ein Boykott durch Sadr eine schwere Verunsicherung dargestellt angesichts seiner millionenstarken Anhängerbasis und der schlagkräftigen Miliz, die er kontrolliert. Das Manöver mit der Boykottandrohung dürfte aber vor allem dazu gedient haben, die Sadristen doch noch mit dem Nimbus einer Protesthaltung auszustatten.

Die zuvor von Sadr kultivierte Aura des aussenstehenden Kritikers hatte zuletzt an Strahlkraft eingebüsst. Nach dem Wahlerfolg von 2018 ist es den Sadristen zwar nicht gelungen, ihre Vertreter in die höchsten Regierungsämter zu hieven. Trotzdem verfügen sie über eine starke Präsenz in der Verwaltung und können längst nicht mehr jegliche Verantwortung für Korruption und Misswirtschaft auf die anderen Parteien abwälzen.

Ausserdem hatte Sadr nach anfänglicher Unterstützung seine Anhänger aus den Protestcamps abgezogen, und damit auch seinen Schutz. Von diesem Moment an hat die Gewalt gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten durch die Milizen deutlich zugenommen.

Es fällt den Sadristen heute also deutlich schwerer als 2018, sich als Protestpartei zu inszenieren. Da Sadr aber über eine treue Basis verfügt, dürften ihm nicht nur das neue Wahlgesetz, sondern auch die sich abzeichnende tiefe Wahlbeteiligung in die Karten spielen.

Die Frage nach der Repräsentation

Ein Systemwechsel, wie er an den Protesten gefordert worden ist, zeichnet sich im Irak also nicht ab. Offen ist, ob die politische Vertretung der Haschd ihr sehr gutes Abschneiden von 2018 wiederholen können, oder ob sie ihr aggressiver Kurs doch Unterstützung gekostet hat. Ein weiteres Fragezeichen stellt der frühere Premier Nouri al-Maliki dar, der auf ein politisches Comeback hofft.

Das unmittelbare Resultat der Wahlen wird voraussichtlich eine erneute Regierungskrise sein. Aufgrund des irakischen Wahlsystems sind die Parteien gezwungen, untereinander Allianzen einzugehen, um im Parlament eine Mehrheit für eine neue Regierung zu finden. Hier zeichnen sich mühselige Verhandlungen ab.

Jenseits einer solchen Regierungskrise schwelt aber eine viel tiefergehende Krise der Repräsentation. Nicht nur, weil die politische Elite kaum in der Lage sein wird, die anstehenden Probleme – Korruption, mangelhafte Infrastruktur und jüngst die katastrophale Gesundheitsversorgung angesichts der Corona-Pandemie – zu lösen. Sondern weil grosse Teile der Bevölkerung das Versagen ihrer Regierung nicht nur mit einzelnen Politikern oder Parteien in Verbindung bringen. Vielmehr erachten sie das gegenwärtige politische System insgesamt als Grund für die Misere.

Damit steht die Orientierung an den Bevölkerungsgruppen auf dem Prüfstand, die das Parteiensystem bisher geprägt hat. Die neuen, aus den Protesten hervorgegangenen Parteien stehen für den Versuch, innerhalb des bestehenden Systems einen Wandel herbeizuführen. Oft werden an den Protesten Parteien aber auch grundsätzlich abgelehnt, da die Demonstrant*innen sie mit Korruption und Postenschacherei gleichsetzen.

Soll eine Regierung gemäss verschiedener Bevölkerungsgruppen zusammengesetzt sein? Falls nein, wie soll politische Repräsentation alternativ organisiert werden? Diese Fragen bilden den Kern der irakischen Repräsentationskrise. Die Parlamentswahlen werden keine

Antworten darauf liefern können. Vielmehr wird die Aushandlung eines politischen Systems und der Grundlagen politischer Partizipation das Land wohl noch auf Jahre hinaus beschäftigen.